

Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch: BGB Band 10: IPR,
Rom I-VO, Rom II-VO, Rom III-VO, EuUnthVO, EuErbVO, Art. 1-24
EGBGB
von

Prof. Dr. Jan von Hein, Prof. Dr. Michael Coester, Prof. Dr. Anatol Dutta, Prof. Dr. Tobias Helms, Prof. Dr. Abbo Junker, Prof. Dr. Elisabeth Koch, Prof. Dr. Volker Lipp, Prof. em. Dr. Dieter Martiny, Prof. Dr. Dr. h.c. Kurt Siehr, Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Spellenberg, Prof. Dr. Peter Winkler von Mohrenfels

6. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de
ISBN 978 3 406 61470 5

Zu [Inhalts- und Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Erwägungsgründe

Vor Art. 1 Rom I-VO

(34) Die Kollisionsnorm für Individualarbeitsverträge sollte die Anwendung von Eingriffsnormen des Staates, in den der Arbeitnehmer im Einklang mit der Richtlinie 96/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen¹² entsandt wird, unberührt lassen.

(35) Den Arbeitnehmern sollte nicht der Schutz entzogen werden, der ihnen durch Bestimmungen gewährt wird, von denen nicht oder nur zu ihrem Vorteil durch Vereinbarung abgewichen werden darf.

(36) Bezogen auf Individualarbeitsverträge sollte die Erbringung der Arbeitsleistung in einem anderen Staat als vorübergehend gelten, wenn von dem Arbeitnehmer erwartet wird, dass er nach seinem Arbeitseinsatz im Ausland seine Arbeit im Herkunftsstaat wieder aufnimmt. Der Abschluss eines neuen Arbeitsvertrags mit dem ursprünglichen Arbeitgeber oder einem Arbeitgeber, der zur selben Unternehmensgruppe gehört wie der ursprüngliche Arbeitgeber, sollte nicht ausschließen, dass der Arbeitnehmer als seine Arbeit vorübergehend in einem anderen Staat verrichtend gilt.

(37) Gründe des öffentlichen Interesses rechtfertigen es, dass die Gerichte der Mitgliedstaaten unter außergewöhnlichen Umständen die Vorbehaltsklausel („ordre public“) und Eingriffsnormen anwenden können. Der Begriff „Eingriffsnormen“ sollte von dem Begriff „Bestimmungen, von denen nicht durch Vereinbarung abgewichen werden kann“, unterschieden und enger ausgelegt werden.

(38) Im Zusammenhang mit der Übertragung der Forderung sollte mit dem Begriff „Verhältnis“ klargestellt werden, dass Artikel 14 Absatz 1 auch auf die dinglichen Aspekte des Vertrags zwischen Zedent und Zessionar anwendbar ist, wenn eine Rechtsordnung dingliche und schuldrechtliche Aspekte trennt. Allerdings sollte mit dem Begriff „Verhältnis“ nicht jedes beliebige möglicherweise zwischen dem Zedenten und dem Zessionar bestehende Verhältnis gemeint sein. Insbesondere sollte sich der Begriff nicht auf die der Übertragung einer Forderung vorgelagerten Fragen erstrecken. Vielmehr sollte er sich ausschließlich auf die Aspekte beschränken, die für die betreffende Übertragung einer Forderung unmittelbar von Bedeutung sind.

(39) Aus Gründen der Rechtssicherheit sollte der Begriff „gewöhnlicher Aufenthalt“, insbesondere im Hinblick auf Gesellschaften, Vereine und juristische Personen, eindeutig definiert werden. Im Unterschied zu Artikel 60 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 44/2001, der drei Kriterien zur Wahl stellt, sollte sich die Kollisionsnorm auf ein einziges Kriterium beschränken, da es für die Parteien andernfalls nicht möglich wäre, vorherzusehen, welches Recht auf ihren Fall anwendbar ist.

(40) Die Aufteilung der Kollisionsnormen auf zahlreiche Rechtsakte sowie Unterschiede zwischen diesen Normen sollten vermieden werden. Diese Verordnung sollte jedoch die Möglichkeit der Aufnahme von Kollisionsnormen für vertragliche Schuldverhältnisse in Vorschriften des Gemeinschaftsrechts über besondere Gegenstände nicht ausschließen.

Diese Verordnung sollte die Anwendung anderer Rechtsakte nicht ausschließen, die Bestimmungen enthalten, die zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts beitragen sollen, soweit sie nicht in Verbindung mit dem Recht angewendet werden können, auf das die Regeln dieser Verordnung verweisen. Die Anwendung der Vorschriften im anzuwendenden Recht, die durch die Bestimmungen dieser Verordnung berufen wurden, sollte nicht die Freiheit des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, wie sie in den Rechtsinstrumenten der Gemeinschaft wie der Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“)¹³ ausgestaltet ist, beschränken.

(41) Um die internationalen Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten eingegangen sind, zu wahren, darf sich die Verordnung nicht auf internationale Übereinkommen auswirken, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Annahme dieser Verordnung angehören. Um den Zugang zu den Rechtsakten zu erleichtern, sollte die Kommission anhand der Angaben der Mitgliedstaaten ein Verzeichnis der betreffenden Übereinkommen im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlichen.

(42) Die Kommission wird dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Vorschlag unterbreiten, nach welchen Verfahren und unter welchen Bedingungen die Mitgliedsta-

¹² ABl. L 18 vom 21.1.1997, S. 1.

¹³ ABl. L 178 vom 17.7.2000, S. 1.

Vor Art. 1 Rom I-VO

Verordnung (EG) Nr. 593/2008

ten in Einzel- und Ausnahmefällen in eigenem Namen Übereinkünfte mit Drittländern über sektorspezifische Fragen aushandeln und abschließen dürfen, die Bestimmungen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht enthalten.

(43) Da das Ziel dieser Verordnung auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend verwirklicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Verordnung besser auf Gemeinschaftsebene zu verwirklichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem ebenfalls in diesem Artikel festgelegten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung ihres Ziels erforderliche Maß hinaus.

(44) Gemäß Artikel 3 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und im Anhang zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt sich Irland an der Annahme und Anwendung dieser Verordnung.

(45) Gemäß den Artikeln 1 und 2 und unbeschadet des Artikels 4 des Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und zum Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt sich das Vereinigte Königreich nicht an der Annahme dieser Verordnung, die für das Vereinigte Königreich nicht bindend oder anwendbar ist.

(46) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des Protokolls über die Position Dänemarks im Anhang zum Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung, die für Dänemark nicht bindend oder anwendbar ist –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Vorbemerkung zu Art. 1 Rom I-VO: Grundlagen, Rom I-VO, EG-Vertragsrechts-Übereinkommen, Internationale Zuständigkeit, Schiedsgerichtsbarkeit

Schrifttum: (Schrifttum zum IPR allgemein vgl. Einl. vor Rn. 1 und zum ausländischen s. Einl. IPR Rn. 1; Schrifttum speziell zur Rom I-VO s. Rn. 11; Schrifttum insbesondere zum ausländischen internationalen und materiellen Schuldrecht und zur Rechtsvergleichung bei *Sandrock/Steinschulte*, Hdb der Int. Vertragsgestaltung I Rn. A 263 ff.; *Staudinger/Magnus* Vor Art. 1 Rn. 1 ff.); *Aden*, Kollisionsrechtliche Wahlfeststellung, DZWiR 1997, 81; *Basedow*, Der kollisionsrechtliche Gehalt der Produktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt – favor offerentis, RabelsZ 59 (1995), 1; *ders.*, The Law of Open Societies: Private Ordering and Public Regulation of International Relations, Rec. des Cours 360 (2013), 9; *Batifol*, Les conflits de lois en matière de contrats, Paris 1938 (zitiert: *Contrats*); *Beitzke*, Sonderprivatrecht und Kollisionsrecht im NATO-Truppenstatut, FS Kegel, 1987, S. 33; *v. Bernstorff*, Rechtsprobleme im Auslandsgeschäft, 3. Aufl. 1992 (zitiert: *Auslandsgeschäft*); *ders.*, Vertragsgestaltung im Auslandsgeschäft, 7. Aufl. 2012; *Birk*, Schadensersatz und sonstige Restitutionsformen im IPR, 1969; *Borges*, Verträge im elektronischen Geschäftsverkehr, 2003; *Coing*, La détermination de la loi contractuelle en droit international privé allemand, in: *Klein-Vischer* (Hrsg.), Colloque de Bâle sur la loi régissant les obligations contractuelles, Basel 1983, S. 29; *Conrads/Schade*, Internationales Wirtschaftsprivatrecht, 2008; *Delaume*, Transnational Contracts, 5 Bde, Dobbs Ferry N. Y., Loseblatt 1975 ff.; *ders.*, Law and Practice of Transnational Contracts, New York 1988; *Diamond*, Harmonization of Private International Law Relating to Contractual Obligations, Rec. des Cours 199 (1986-IV), 223; *Drobnig*, American-German Private International Law, 1972 (zitiert: PIL); *T. Drost*, Der Begriff der „zwingenden Bestimmung“ in den Art. 27 ff. EGBGB, Diss. Freiburg i. Br. 1991; *Enderlein* (Hrsg.), Handbuch der Außenhandelsverträge, Bd. I, 1986; Bd. II, 1987; Bd. III, 1984; Bd. IV, 1983; *Fernández Arroyo*, La Convention inter-américaine sur la loi applicable aux contrats internationaux, Rev. crit. dr. int. pr. 84 (1995), 178; *Ferrari*, „Forum shopping“ despite international uniform contract law conventions, Int. Comp. L. Q. (2002), 689; *ders.*, Les rapports entre les conventions de droit matériel uniforme en matière contractuelle et la nécessité d'une interprétation interconventionnelle, Clunet 2003, 791; *Ferrari u. a.*, Internationales Vertragsrecht, 2007; *Fischer*, Deutsch-deutsche Vertragsschlüsse zwischen Wende und Einheit, IPRax 1995, 161; *Gamillscheg*, Rechtswahl, Schwerpunkt und mutmasslicher Parteiwillen im internationalen Vertragsrecht, AcP 157 (1958/59), 303; *ders.*, Internationales Arbeitsrecht, 1959 (zitiert: IntArbR); *ders.*, Ein Gesetz über das internationale Arbeitsrecht, ZfA 14 (1983), 307; *Gildgen/Willburger*, Internationale Handelsgeschäfte, 4. Aufl. 2012; *Grolimund*, Vertrauensanknüpfung im internationalen Privat- und Zivilverfahrensrecht, 2008; *Grossfeld*, Praxis des internationalen Privat- und Wirtschaftsrechts, 1975 (zitiert: Praxis); *ders.*, Internationales Unternehmensrecht, 1986 (zitiert: UnternR); *Grossfeld/Neumann*, Schwerpunkte des internationalen Vertragsrechts in der wirtschaftlichen Praxis, 1981; *Güleemann*, Internationales Vertragsrecht, 2. Aufl. 2014; *J. Hartmann*, Das Vertragsstatut in der deutschen Rechtsprechung seit 1945, Diss. Freiburg i. Br. 1972; *Haudek*, Die Bedeutung des Parteiwillens im IPR, 1931; *Hausmann*, Zum teilweisen Ausschluss der Einheitlichen Kaufgesetze durch Allgemeine Geschäftsbedingungen, WM 1980, 726; *Herdegen*, Internationales Wirtschaftsrecht, 10. Aufl., 2014; *Hoffmann*, Die Koordination des Vertrags- und Deliktsrechts in Europa, 2006; *v. Hoffmann*, Über den Schutz des Schwächeren bei internationalen Schuldverträgen, RabelsZ 38 (1974), 396; *Jayme*, Moderne Vertragsformen und klassisches IPR, Heidelberger Jb. 29 (1985), 15; *Juenger*, Contract Choice of Law in the Americas, Am. J. Comp. L. 45 (1997), 195; *Junker*,

Vorbemerkung

Vor Art. 1 Rom I-VO

Internationales Vertragsrecht im Internet, RIW 1999, 809; *Kegel*, Die Bankgeschäfte im deutschen IPR, GS R. Schmidt, 1966, S. 215; *Keller*, Schutz des Schwächeren im Internationalen Vertragsrecht, FS Vischer, Zürich 1983, S. 175; *Kindler*, Der Ausgleichsanspruch des Handelsvertreters im deutsch-italienischen Warenverkehr, 1987; *Kleinschmidt*, Zur Anwendbarkeit zwingenden Rechts im internationalen Vertragsrecht unter besonderer Berücksichtigung von Absatzmittlungsverträgen, 1985; *Kren*, Schutz der schwächeren Partei im schweizerischen internationalen Vertragsrecht unter Berücksichtigung der deutschen Rechtsordnung, ZVglR Wiss. 88 (1989), 48; *Kreuzer*, Das IPR des Warenkaufs in der deutschen Rechtsprechung, 1964 (zitiert: Warenkauf); *ders.*, Ausländisches Wirtschaftsrecht vor deutschem Gericht, 1986 (zitiert: Ausl. WiR); *Kronke*, International uniform commercial law Conventions: advantages, disadvantages, criteria for choice, Rev.dr.unif. 5 (2000), 13; *Kronke/Melis/Schnyder* (Hrsg.), Handbuch des Internationalen Wirtschaftsrechts, 2005; *Kronstein*, Das Recht der internationalen Kartelle, 1967; *Kropholler*, Internationales Einheitsrecht, 1975 (zitiert: EinheitsR); *ders.*, Das kollisionsrechtliche System des Schutzes der schwächeren Vertragspartei, RabelsZ 42 (1978), 634; *ders.*, Elastische Anknüpfungsmomente für das Internationale Vertrags- und Deliktsrecht?, RIW 1981, 359; *Kuipers*, Bridging the Gap – The Impact of the EU on the Law Applicable to Contractual Obligations, RabelsZ 76 (2012) 562; *Lalive*, Contrats entre Etats ou entreprises étatiques et personnes privées, Rec. des Cours 181 (1983-III), 9; *Lando*, The Conflict of Laws of Contract – General Principles, Rec. des Cours 189 (1984-VI), 225; *Lochner*, Darlehen und Anleihe im IPR, 1954; *E. Lorenz*, Grundfragen des internationalen Vertragsrechts, in: *Dichtl-Issing* (Hrsg.), Exporte als Herausforderung für die deutsche Wirtschaft, 1984, S. 201; *ders.*, Die Rechtswahlfreiheit im internationalen Schuldvertragsrecht, RIW 1987, 569; *W. Lorenz*, Vertragsabschluss und Parteiwille im internationalen Obligationenrecht Englands, 1957; *ders.*, Vom alten zum neuen internationalen Schuldvertragsrecht, IPRax 1987, 269; *ders.*, Internationaler Filmverleih – Forum Selection, Choice of law, Unconscionability, IPRax 1989, 22; *Lüthge*, Die kollisionsrechtliche Funktion der Schiedsgerichtsvereinbarung, 1975; *Mankowski*, Überlegungen zur sach- und interessengerechten Rechtswahl für Verträge des internationalen Wirtschaftsverkehrs, RIW 2003, 2; *ders.*, Entwicklungen im Internationalen Privat- und Prozessrecht 2003/2004, RIW 2004, 481, 587; *ders.*, Entwicklungen im Internationalen Privat- und Prozessrecht 2004/2005, RIW 2005, 481; *Martiny*, Neues deutsches internationales Vertragsrecht, RIW 2009, 737; *Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht*, Kodifikation des deutschen IPR, RabelsZ 47 (1983), 595; *D. M. Meyer*, Der Regress im IPR, Zürich 1982; *Meyer-Sparenberg*, Rechtswahlvereinbarungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen, RIW 1989, 347; *Moser*, Vertragsabschluss, Vertragsgültigkeit und Parteiwille im internationalen Obligationenrecht, St. Gallen 1948; *Murray/Holloway/Timson-Hunt*, Schmitthoff's export trade: the law and practice of international trade, London, 12. Aufl. 2012; *Nehne*, Methodik und allgemeine Lehren des europäischen Internationalen Privatrechts, 2012; *Nielsen*, Aktuelle Fragen der Zahlungssicherung im Außenhandel, 2. Aufl. 1983; *Nygh*, The Reasonable Expectations of the Parties as a Guide to the Choice of Law in Contract and in Tort, Rec. des Cours 251 (1995), 269; *Pfeiffer*, Die Entwicklung des Internationalen Vertrags-, Schuld- und Sachenrechts in den Jahren 1995/96, NJW 1997, 1207; *ders.*, Grenzüberschreitende Internetverträge, in: *Hohl/Leible/Sosnitza* (Hrsg.), Vernetztes Recht, 2002, S. 21; *Quitnat*, Das Recht der Außenhandelsaufverträge, 1988; *W.-H. Roth*, Internationales Versicherungsrecht, 1986 (zitiert: Int-VersR); *Rühl*, Konvergenz im Internationalen Vertragsrecht? Zu jüngeren Entwicklungen im US-amerikanischen und europäischen Kollisionsrecht, ZfRV 2006, 175; *Sandrock*, Zur ergänzenden Vertragsauslegung im materiellen und internationalen Schuldvertragsrecht 1966 (zitiert: Vertragsauslegung); *ders.* (Hrsg.), Handbuch der Internationalen Vertragsgestaltung, 2 Bde., 1980; *ders.*, Die Bedeutung des Gesetzes zur Neuregelung des Internationalen Privatrechts für die Unternehmenspraxis, RIW 1986, 841; *ders.*, Choice of Law and Choice of Forum in Civil Law Jurisdictions, in: *Yelpaala/Rubin-Sammartano/Campbell* (Hrsg.), Drafting and Enforcing Contracts in Civil and Common Law Jurisdictions, Deventer 1986, S. 145; *ders.*, Internationales Wirtschaftsrecht durch „konsensuale Wirtschaftsregulierung“?, ZHR 152 (1988), 66; *E. Schanze*, Investitionsverträge im internationalen Wirtschaftsrecht, 1986; *Schilling*, Materielles Einheitsrecht und Europäisches Schuldvertrags-IPR, EuZW 2011, 776; *Schmeding*, Zur Bedeutung der Rechtswahl im Kollisionsrecht, RabelsZ 41 (1977), 299; *Schnitzer*, Die funktionelle Anknüpfung im internationalen Vertragsrecht, FG Schönenberger, 1968, S. 387; *ders.*, Die Zuordnung der Verträge im IPR, RabelsZ 33 (1969), 17; *J. Schröder*, Internationales Vertragsrecht, 1984 (zitiert: IVR); *Schröter*, Die Drittschadensliquidation in europäischen Privatrechten und im deutschen Kollisionsrecht, 1995; *C. Schulze*, Die Kodifikation des Vertragsstatus im IPR, Basel 1980; *Siehr*, Gemeinsame Kollisionsnormen für das Recht der vertraglichen und ausservertraglichen Schuldverhältnisse, FS Moser, Zürich 1987, S. 101; *Simitis*, Aufgaben und Grenzen der Parteiautonomie im internationalen Vertragsrecht, JuS 1966, 209; *Spickhoff*, Anspruchskonkurrenzen, Internationale Zuständigkeit und Internationales Privatrecht, IPRax 2009, 128; *Staudinger/Firsching*, Internationales Schuldrecht I, Bd. I b, 10./11. Aufl. 1978; *ders.*, Internationales Schuldrecht I, Vor Art. 27–37 nF, 12. Aufl. 1987; *Steindorff*, Sachnormen im IPR, 1958; *H. Stoll*, Rechtliche Inhaltskontrolle bei internationalen Handelsgeschäften, FS Kegel, 1987, S. 623; *Ubersax*, Der Schutz der schwächeren Partei im internationalen Vertragsrecht, Diss. Basel 1976; *Vetter*, Kollisionsrechtliche Fragen bei grenzüberschreitenden Subunternehmerverträgen im Industrieanlagenbau, ZVglR Wiss. 87 (1988), 248; *Vischer*, The Antagonism between Legal Security and the Search for Justice in the Field of Contracts, Rec. des Cours 142 (1974-II), 1; *ders.*, Das Internationale Vertragsrecht nach dem neuen schweizerischen IPR-Gesetz, BasJurM 1989, 183; *Vischer/Huber/Oser*, Internationales Vertragsrecht, Bern, 2. Aufl. 2000; *Volz*, Harmonisierung des Rechts der Individuellen Rechtswahl, der Gerichtsstandsvereinbarung und der Schiedsvereinbarung im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), 1993; *A. Weber*, Die Vergemeinschaftung des internationalen Privatrechts, 2004; *Weick*, Vorbeugung und Beilegung von Konflikten in internationalen Verträgen, FS Coing, Bd. II, 1982, S. 543; *Weick/Basse*, Recht des internationalen Handels- und Wirtschaftsverkehrs, 2013; *Weitnauer*, Der Vertragsschwerpunkt, 1981; *Wengler*, Die Gestaltung des IPR der Schuldverträge unter allgemeinen Leitprinzipien, RabelsZ 47 (1983), 215; *Wenner*, Internationales Vertragsrecht, 3. Aufl. 2013; *v. Westphalen*, Rechtsprobleme der Exportfinanzierung, 3. Aufl. 1987 (zitiert: Exportfinanzierung); *Wichard*, Die

Anwendung der UNIDROIT-Prinzipien für internationale Handelsverträge durch Schiedsgerichte und staatliche Gerichte, RabelsZ 60 (1996), 269; *Windmöller*, Die Vertragsspaltung im Internationalen Privatrecht des EGBGB und des EGVVG, 2000; *M. Wolf*, Auslegung und Inhaltskontrolle von AGB im internationalen kaufmännischen Verkehr, ZHR 153 (1989), 300; *Zahn/Ehrlich/Haas*, Zahlung und Zahlungssicherung im Außenhandel, 8. Aufl. 2010; *Zweigert/Kropholler*, Quellen des internationalen Einheitsrechts, Bd. I, 1971; Bd. II, 1972.

Übersicht

	Rn.		Rn.
I. Geschichtliche Entwicklung	1, 2	2. Allgemeiner Gerichtsstand	39, 40
II. Grundlagen	3–11	a) EuGVO, LugÜ	39
1. Rechtsvereinheitlichung	3–5	b) Deutsches Recht	40
2. Rechtsnatur des Internationalen Vertragsrechts	6, 7	3. Erfüllungsort	41–47
3. Begriff des Vertragsstatuts	8, 9	a) Regelung in EuGVO, LugÜ	41–46
4. Rechtsquellen	10	b) Deutsches Recht	47
5. Vertragsgestaltung	11	4. Andere besondere Gerichtsstände	48, 49
III. Rom I-Verordnung	12–27	a) Niederlassung	48
1. Kontext des Europäischen Kollisionsrechts	12–15	b) Vermögen	49
2. Neuregelung durch die Rom I-VO	16–20	5. Gerichtsstandsvereinbarung	50–88
3. Auslegung	21–27	a) Allgemeines	50, 51
a) Zuständigkeit des EuGH	21, 22	b) EuGVO, LugÜ	52–72
b) Auslegungsgrundsätze	23–27	c) Deutsches Recht	73–88
IV. Andere Verordnungen und Richtlinien	28, 29	VII. Internationales Vertragsrecht und Schiedsgerichtsbarkeit	89–125
1. Verordnungen	28	1. Schiedsvereinbarungen	89–102
2. Richtlinien	29	a) Allgemeines	89–92
V. EG-Vertragsrechts-Übereinkommen	30–32	b) UN-Anerkennungsübereinkommen vom 10.6.1958	93–95
1. Staatsvertragliche Vereinheitlichung	30	c) Europäisches Übereinkommen vom 21.4.1961	96–98
2. Inkorporation des Übereinkommens	31, 32	d) Deutsches unvereinheitlichtes Recht	99–102
VI. Internationale Zuständigkeit	33–88	2. Schiedsgerichte und Internationales Vertragsrecht	103–124
1. Allgemeines	33–38	a) Anwendbares Kollisionsrecht	103–110
a) Begriff	34	b) Anwendbares Sachrecht	111–120
b) Maßgebliche Zuständigkeitsregeln	35–38	c) Anwendbares Verfahrensrecht	121–124
		3. Schiedsrichtervertrag	125
		VIII. Internationales Vertragsrecht und Mediation	126

I. Geschichtliche Entwicklung

- 1 Einen tiefen Einschnitt für die Entwicklung des deutschen Internationalen Vertragsrechts (IVR) bedeutete die Übernahme des Europäischen „Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht“ (EVÜ) in das deutsche Recht im Rahmen der (Teil-)Reform des deutschen IPR von 1986 (Rn. 30 ff.) als Art. 27 bis 37 EGBGB. Das neue Recht trat am 1.9.1986 in Kraft. Bei der Umwandlung des EVÜ in die **Rom I-VO** ist das Internationale Vertragsrecht zum 17.12.2009 neu geregelt worden. Besondere Normen für Beförderungsverträge (Art. 5) und Versicherungsverträge (Art. 7) sind hinzugekommen. Ferner wurden zahlreiche Einzelheiten geändert (Rn. 16 ff.).
- 2 Andere Veränderungen betrafen zunächst nur einzelne Vertragstypen und gingen ganz überwiegend auf die Rechtsangleichung durch Vorgaben der Europäischen Union zurück. Zu nennen ist insbesondere die Regelung des **internationalen Versicherungsrechts** in den inzwischen aufgehobenen Art. 7 bis 14 EGVVG durch Gesetz vom 28.6.1990 (s. Art. 7 Rn. 1). Ebenfalls auf Richtlinien zu **Time-Sharing-Verträgen, missbräuchlichen Vertragsklauseln, Verbraucherkauf- und Verbraucherkreditverträgen** sowie zum **Fernabsatz von Finanzdienstleistungen** geht Art. 46b (früher Art. 29a) EGBGB zurück. Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wurden 1989 das für **Seearbeitsverhältnisse** bedeutsame Flaggenrechtsgesetz (s. Art. 8 Rn. 95) sowie im Jahre 1996 das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** (s. Art. 8 Rn. 116, 166 f.) erlassen. Eine Reihe von Einzelvorschriften ist im Zusammenhang mit Reformgesetzen zum **Urheberrecht, Transportrecht und zu Finanztermingeschäften** geschaffen worden (Rn. 6).

II. Grundlagen

1. Rechtsvereinheitlichung. Auf dem Gebiet des Internationalen Vertragsrechts besteht teilweise auf Staatsverträgen beruhendes **Einheitsrecht** (s. Einl. IPR Rn. 315 f.). Materielles Einheitsrecht gilt vor allem für internationale Transport- und Warenkaufverträge (näher Art. 5 Rn. 5 ff.; Art. 4 Anh. Rn. 1 ff.). Ferner wurden von UNIDROIT einheitliche Grundregeln entworfen (s. Art. 3 Rn. 33). Trotz aller Bemühungen um inhaltlich konsistente Kodifikationen ist dieses internationale Einheitsrecht insgesamt unsystematisch und lückenhaft.¹ Außerdem ist eine einheitliche Anwendung nicht ohne weiteres gesichert.² Das Einheitsrecht macht daher kollisionsrechtliche Fragestellungen nicht überflüssig und hat auch den Anreiz zum „forum shopping“ nicht beseitigt.³

Obwohl vielfach ein **europäisches Vertragsrecht** gefordert wird, besteht es bislang erst in 4 Ansätzen.⁴ Vor allem das Verbraucherrecht ist durch eine Reihe von Richtlinien vereinheitlicht worden (s. Art. 6 Rn. 4). Im Transportrecht ist eine Reihe direkt wirkender Verordnungen erlassen worden (s. Art. 5 Rn. 5). Eine generelle Vereinheitlichung des materiellen Schuldrechts war in der EU aber bislang nicht durchsetzbar.⁵ Immerhin hat man die gemeinsamen Prinzipien zu ermitteln und zusammenzustellen begonnen (s. Art. 3 Rn. 34).⁶ Eine Mitteilung der Kommission zum Europäischen Vertragsrecht von Juli 2001⁷ und eine weitere Mitteilung von März 2003⁸ lassen nunmehr eine weitergehende Vereinheitlichung als möglich erscheinen⁹ (s. Einl. IPR Rn. 8). Insgesamt besteht freilich eine große Vielfalt unterschiedlicher Entwürfe und Initiativen¹⁰ Ursprünglich sollte ein **Gemeinsamer Referenzrahmen** (Common Frame of Reference) mit einheitlichen vertrags- bzw. vermögensrechtlichen Regeln geschaffen werden. Ein wissenschaftlicher Entwurf wurde hierfür erstellt.¹¹ Das Verhältnis zur Rom I-VO, das im Rom I-VO-Entw. 2005 noch angesprochen wurde, blieb ungeklärt¹² Dies gilt auch für das ursprünglich geplante sog. **optionale Instrument** (s. Art. 23 Rn. 3).¹³ Inzwischen besteht ein Entwurf eines **optionalen europäischen Kaufrechts**, der die eigentlich kollisionsrechtlichen Fragen der Rom I-VO überlassen will (s. Art. 4 Rn. 23 f.).

Innerhalb der Europäischen Union erfolgte eine Vereinheitlichung insbesondere auf der kollisionsrechtlichen Ebene durch die Rom I-VO und das vorangegangene EVÜ (Rn. 30 ff.). Andere Übereinkommen betreffen nur Teilbereiche des IVR und werden im jeweiligen Zusammenhang behandelt.¹⁴ Außerhalb des Anwendungsbereichs der Staatsverträge kommt auch dort, wo sie nicht zu füllende Lücken aufweisen, die Rom I-VO zum Zuge.¹⁵ Zunehmend bedeutsamer wird eine Rechtsangleichung auf Grund von Verordnungen (Rn. 28) und von Richtlinien der EU (Rn. 29). Für den Abschluss internationaler Staatsverträge auf dem Gebiet des IVR ist nunmehr die EU

¹ Vgl. Kronke Rev.dr.unif. 5 (2000), 13 ff.

² S. Ferrari Clunet 2003, 791 ff.

³ Dazu Ferrari Int. Comp. L. Q. 51 (2002), 689 ff.; vgl. Staudinger/Magnus (2011) Einl. Rom I-VO Rn. 4.

⁴ Näher Leible NJW 2008, 2558 ff.; Zimmermann EuZW 2007, 455 ff.

⁵ Näher Leible NJW 2008, 2558 ff. – S. auch Lando C. M. L. Rev. 24 (1987), 160 f.

⁶ S. Lando/Beale (Hrsg.), *The Principles of European Contract Law I, II*, 2000 (deutsche Übersetzung ZEuP 2000, 675); Lando/Clive/Prium/Zimmermann (Hrsg.), *Principles of European Contract Law III*, The Hague 2003 (deutsche Übersetzung ZEuP 2003, 895). – Ferner Basedow (Hrsg.), *Europäische Vertragsrechtsvereinheitlichung und deutsches Recht*, 2000; Grundmann NJW 2000, 14; Lando RabelsZ 56 (1992), 261; Lurger, *Grundfragen der Vereinheitlichung des Vertragsrechts in der Europäischen Union*, 2002; Riesenhuber, *System und Prinzipien des Europäischen Vertragsrechts*, 2003; ders., *EU-Vertragsrecht*, 2013; Schmidt-Kessel RIW 2003, 481; Schulte-Nölke (Hrsg.), *Europäisches Vertragsrecht im Gemeinschaftsrecht*, 2002.

⁷ ABI. EG 2001 Nr. C 255 S. 1 = Beilage zu EuZW 2001 Heft 16 = ZEuP 2001, 963. – Dazu v. Bar ZEuP 2001, 799 ff.; Leible EWS 2001, 471 ff.; Sonnenberger RIW 2002, 489 ff.; Staudenmayer Eur. Rev. Priv. L. 10 (2002), 249 ff.

⁸ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat – Ein kohärentes europäisches Vertragsrecht, ABI. EG 2003 Nr. C 63 S. 1. Dazu Schmidt-Kessel RIW 2003, 481 ff.

⁹ S. auch Staudenmayer EuZW 2003, 165; Zypries ZEuP 2004, 225.

¹⁰ Überblick bei Zimmermann EuZW 2009, 319 ff.

¹¹ v. Bar u.a. (Hrsg.), *Principles, definitions and model rules of European private law – Draft Common Frame of Reference (DCFR)*, Interim Outline Edition, 2008; Outline Edition, 2009. – Dazu Eidenmüller u.a. JZ 2008, 529; Leible NJW 2008, 2558; Remien GPR 2008, 124; Schmidt-Kessel, *Der Gemeinsame Referenzrahmen*, 2009; Schulze/v. Bar/Schulte-Nölke (Hrsg.), *Der akademische Entwurf für einen gemeinsamen Referenzrahmen*, 2008; Schulze (Hrsg.), *Common Frame of Reference and Existing EC Contract Law*, 2. Aufl. 2009.

¹² Heiss/Downes Eur. Rev. Priv. L. 13 (2005), 693 ff.; Martiny ZEuP 2007, 212 ff.; Mankowski in: Schmidt-Kessel (Hrsg.), *Der gemeinsame Referenzrahmen*, 2009, S. 389 ff.

¹³ Wagner IPRax 2008, 380. – Zu einem optionalen Instrument für Versicherungsverträge Fricke VersR 2008, 443, 452 f. mwN.

¹⁴ S. den Überblick bei Sandrock in: Yelapaala/Rubino-Sammartano/Campbell S. 146 ff. mwN.

¹⁵ PWW/Brödermann/Wegen vor IntSchVR Rn. 16.

zuständig.¹⁶ Mit der Rechtswahlvereinbarung selbst beschäftigen sich die nicht bindenden **Haager Principles on the Choice of Law in International Contracts**.¹⁷

6 2. Rechtsnatur des Internationalen Vertragsrechts. Das Internationale Vertragsrecht ist der Gesamtbestand von Regeln, welche das auf internationale Schuldverträge anzuwendende Recht enthalten.¹⁸ Das in der Rom I-VO geregelte IVR ist **europäisches Kollisionsrecht** (s. näher Rn. 12 f.). Für Einzelfragen enthalten weitere gesetzliche Regelungen insbesondere § 449 Abs. 4 HGB (Frachtvertrag), § 451h Abs. 3 HGB (Umzugsvertrag), § 32b UrhG (Nutzungsrechte), §§ 1 Abs. 2, 31 Abs. 10 WpHG (Finanztermingeschäfte). Zwar gibt es Tendenzen für ein von der Praxis herausgebildetes „transnationales Handelsrecht“ oder eine „lex mercatoria“, die internationale Sachverhalte nicht mehr einem (oft wenig geeigneten) nationalen Recht zuweisen wollen (näher Einl. IPR Rn. 315). Ferner wird das nationale IVR zunehmend von internationalen Regelungen (insbesondere in der Form von Modellverträgen, einheitlichen Bedingungen, Vertragsanleitungen für Vertragsanbahnung, -inhalt und -abwicklung) beeinflusst, auch soweit solche Regelungswerke keine direkte Rechtswirkung beanspruchen.¹⁹ Doch ist nach herrschendem Verständnis internationales Einheitsrecht nur das durch Staatsvertrag geschaffene oder sanktionierte Recht.²⁰ Ein internationales Gewohnheitsrecht, das die Fragestellung des IVR nach dem anwendbaren Recht überflüssig machen würde, ist (noch?) nicht in Sicht (s. Art. 3 Rn. 28 ff.). Die Kollisionsnormen des deutschen IVR haben allerdings stets den Anforderungen höherrangigen Rechts, insbesondere den Anforderungen des EU-Unionssrechts zu entsprechen²¹ (s. Einl. IPR Rn. 88 ff.).

7 Die Regeln des IVR gelten in erster Linie für die dt. staatlichen Gerichte, strahlen aber auch auf die Schiedsgerichtsbarkeit aus, s. Rn. 103 ff. Das **anwendbare Recht** ist im Gerichtsverfahren – wie sonst auch – **von Amts wegen zu bestimmen** (s. Einl. IPR Rn. 292 ff.).²² Die Parteien brauchen lediglich die Tatsachen vorzutragen.²³ Allerdings kann das Prozessverhalten Aufschluss über den Parteiwollen geben (s. Art. 3 Rn. 53 ff.). Das Gericht darf nicht einfach deshalb deutsches Vertragsrecht anwenden, weil die Parteien nichts zum ausländischen Recht vorgetragen haben. Vielmehr hat sich das Gericht selbst um den Inhalt des ausländischen Rechts zu bemühen (vgl. § 293 ZPO).²⁴ Die Ermittlung ausländischen Vertragsrechts ist wegen der Vielgestaltigkeit schuldrechtlicher Verpflichtungen und des Ineinandergreifens vertragstypischer Sonderregeln und allgemeiner Gesichtspunkte häufig aufwändig. Das Gericht ist gleichwohl nicht berechtigt, selbständig Vertrauensschutzgrundsätze oder Billigkeitsregeln zu entwickeln, ohne zuvor zu prüfen, wie sich das anwendbare ausländische Recht dazu stellt.²⁵ Ein Urteil muss auf jeden Fall erkennen lassen, welche Rechtsordnung ihm zu Grunde liegt.²⁶

8 3. Begriff des Vertragsstatus. Für jeden Vertrag ist das anzuwendende Recht (Vertragsstatut) zu ermitteln. Vertragsstatut ist das in Fällen mit Auslandsberührung auf die vertraglichen Beziehungen der Parteien anzuwendende Recht. Es beherrscht im Grundsatz das **gesamte Vertragsverhältnis** einschließlich Zustandekommen, Gültigkeit, Inhalt der Ansprüche und Erlöschen. Davon sind jedoch gesondert zu beantwortende Teilfragen wie die Rechts- und Geschäftsfähigkeit (Art. 7, 12

¹⁶ Näher Schilling EuZW 2011, 777 f.

¹⁷ Zum Entwurf Kadner Graziano, Solving the Riddle of Conflicting Choice of Law Clauses in Battle of Forms Situations, YbPIL 14 (2012), 71; Lando, Essays in honour of van Loon, Antwerpen 2013, S. 299; Pertegás, Les travaux de la Conférence de La Haye sur un instrument non contraignant favorisant l'autonomie des parties, in: Corneloup/Joubert (Hrsg.), Le règlement communautaire „Rome I“ et le choix de loi dans les contrats internationaux, Paris 2011, S. 19; Pfeiffer, Die Haager Prinzipien des internationalen Vertragsrechts – Ausgewählte Aspekte aus der Sicht der Rom I-VO, FS Magnus, 2014, S. 499; Schwartze, Weltweit einheitliche Standards für die Wahl des Vertragsstatuts, FS Kirchner, 2014, S. 315; Symeonides, The Hague Principles on Choice of Law for International Contracts, Am.J.Comp.L. 61 (2013), 873.

¹⁸ Staudinger/Magnus (2011) Einl. Rom I-VO Rn. 1.

¹⁹ Näher Seidl-Hohenfelder Rec. des Cours 163 (1979), 173 ff.; Wälde JbRSoz. 8 (1982), 379 ff. – Zu Verhaltenskodizes für transnationale Unternehmen Baade in: Horn (Ed.), Legal Problems of Codes of Conduct for Multinational Enterprises, 1980, S. 3; Haibronner, FS Schlochauer, 1981, S. 329; Horn RabelsZ 44 (1980), 432; Wälde RIW 1978, 285. – Zu den ECE-Bedingungen Schmitthoff Int. Comp. L. Q. 17 (1968), 551; Reithmann/Martiny/Martiny Rn. 766.

²⁰ Zur Rechtsvereinheitlichung im IVR näher Staudinger/Magnus (2011) Rn. 22 ff.

²¹ Näher Samtleben RabelsZ 45 (1981), 218, 243 ff.; Steinendorff EuR 16 (1981), 426, 433 ff.

²² S. aber Flessner RabelsZ 34 (1970), 566 ff.; Aden DZWiR 1997, 81 ff.

²³ Zur notwendigen Berufung auf die Geltung ausländischen Rechts nach englischem und französischem Verfahrensrecht Coester-Waltjen, FS Sonnenberger, 2004, S. 352 ff.; Ost, EVÜ und fact doctrine, 1996.

²⁴ BGH NJW-RR 1986, 484; IPRax 1995, 38 m. Aufsatz Scheffler 20 = IPRspr. 1993 Nr. 2; RIW 2005, 463 = WM 2005, 423.

²⁵ BGH NJW 1988, 647 = RIW 1987, 794 (Spielschuld nach belgischem Recht).

²⁶ BGH WM 1988, 1463 = IPRax 1989, 231 m. zust. Aufsatz H. Roth 213 (dt.-schweiz. Entwicklungsvertrag).

Vorbemerkung

9, 10 Vor Art. 1 Rom I-VO

EGBGB), die Form (Art. 11 Rom I-VO), die Vertretungsmacht und besonders anzuknüpfende zwingende Normen (Art. 3 Abs. 3, 4 und Art. 9) ausgenommen.

Die **Ermittlung des anwendbaren Rechts** geschieht **im Allgemeinen in mehreren Stufen**.²⁷ An erster Stelle ist der reale Parteiwillen, insbesondere eine ausdrückliche Rechtswahl zu beachten, in zweiter Linie kommt es auf eine etwa stillschweigend getroffene Vereinbarung an (Art. 3). Hilfsweise ist eine objektive Anknüpfung „spezifizierter Verträge“ nach der „charakteristischen Leistung“ bzw. „engsten Verbindung“ vorzunehmen (Art. 4), die ihrerseits wieder durch eine noch engere Verbindung (Ausweichklausel; Art. 4 Abs. 3, Art. 5 Abs. 3, Art. 7 Abs. 2 sowie Art. 8 Abs. 4) korrigiert werden kann (s. Art. 4 Rn. 287).

4. Rechtsquellen. Abgesehen von besonderen staatsvertraglichen Normen sind maßgebliche internationalvertragsrechtliche Rechtsquelle die Art. 1 ff. Rom I-VO (Rn. 12 ff.).²⁸ Der Umsetzung von rechtswahlregulierenden Richtlinien dient Art. 46b (früher Art. 29a) EGBGB. Die Pflichtversicherung wird in Art. 46c EGBGB erfasst. Insgesamt ist aber der Bereich der deutschen internationalvertragsrechtlichen Normen nach der Aufhebung der bisherigen Art. 27 bis 37 EGBGB sehr schmal geworden.²⁹ Verschiedentlich hat jedoch der Gesetzgeber auch **nach der Neuregelung von 1986** spezielle Kollisionsnormen geschaffen. Solche Vorschriften finden sich etwa in § 449 Abs. 4 HGB (Frachtvertrag), § 451h Abs. 3 HGB (Umzugsvertrag) sowie in § 32b UrhG (Nutzungsvergütung). Die nationalen Vorschriften werden vielfach als international zwingende Normen bzw. Eingriffsnormen iS des Art. 9 eingordnet. Dies gilt etwa für §§ 2, 3 AEntG (s. Art. 8 Rn. 133, 169). Die Rom I-VO hat der Einführung neuer zwingender Regeln durch den nationalen Gesetzgeber an sich keine Schranken gesetzt.³⁰ Doch besteht die Gefahr, dass damit das System der Anknüpfungen des europäischen Kollisionsrechts unterlaufen wird.³¹ Nachdem nunmehr Art. 9 Abs. 2 eine inhaltliche Umschreibung solcher Normen vornimmt, drängt sich zumindest auf, dass nicht jede beliebige Norm auf diese Weise durchgesetzt werden kann (Art. 9 Rn. 10 f.). Von besonderer Eigenart ist § 21 FIRG, mit dem der Gesetzgeber lediglich Art. 8 interpretieren will (s. Art. 8 Rn. 95 ff.). Soweit es sich um einzelne kollisionsrechtliche Normen in Spezialgesetzen handelt, welche bereits **vor 1986 erlassen** wurden, haben diese als ältere Normen ihre kollisionsrechtliche Funktion verloren. Sie können nur noch als Sachnormen, welche den Anwendungsbereich der Spezialvorschriften regeln, Beachtung finden.³² Dies galt etwa für den inzwischen aufgehobenen § 1 SeemG (s. Art. 8 Rn. 83). Problematischer sind die später erlassenen transportrechtlichen Vorschriften, die der Gesetzgeber als international zwingende Normen verstanden wissen wollte (s. Art. 5 Rn. 40).

5. Vertragsgestaltung.

Schrifttum (Auswahl): *Bälz*, Praxisfragen der Vertragsgestaltung im deutsch-iranischen Wirtschaftsverkehr, in: Leipziger Beiträge zur Orientforschung – Beiträge zum Islamischen Recht IV, 2004, S. 89; *v. Bernstorff*, Vertragsgestaltung im Auslandsgeschäft, 7. Aufl. 2012; *Bortolotti*, Drafting and Negotiating International Commercial Contracts (ICC Publications No. 743E, 2013); *Brödermann*, Risikomanagement in der internationalen Vertragsgestaltung, NJW 2012, 971; *Detzer*, Fallstricke bei Verträgen mit ausländischen Vertriebspartnern, FS Thume, 2008, S. 23; *Döser*, Vertragsgestaltung im internationalen Wirtschaftsrecht, 2001; *ders.*, Anglo-amerikanische Vertragsstrukturen in deutschen Vertriebs-, Lizenz- und sonstigen Verticalverträgen, NJW 2000, 1451; *Fontaine*, Drafting international contracts: an analysis of contract clauses, Ardsley, N.Y. 2006; *Heuser*, Die Vertragspraxis im Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China, RIW 1976, 609; *Hök*, Vertragsgestaltung mit Auslandsbezug, MDR 2003, 672; *Kinsella* (Hrsg.), Digest of Commercial Laws of the World – Forms of Commercial Agreements, Bd. I und II, *Dobbs Ferry*, N. Y., Loseblatt 1998 ff.; *Kötz*, Der Einfluss des Common Law auf die internationale Vertragspraxis, FS Heldrich, 2005, S. 771; *Lembcke*, Mindestanforderungen an die Vertragsgestaltung bei osteuropäischen Großbauprojekten der Weltbankgruppe, WiRO, 2006, 321; *Lundmark*, Common law-Vereinbarungen – Wortreiche Verträge, RIW 2001, 187; *Mallmann*, Rechtswahlklauseln unter Ausschluss des IPR, NJW 2008, 2953; *Mankowski*, Überlegungen zur sach- und interessengerechten Rechtswahl für Verträge des internationalen Wirtschaftsverkehrs, RIW 2003, 2; *Moecke*, Vertragsgestaltung bei Zusammenarbeit auf dritten Märkten, RIW 1978, 73; *Ostendorf/Kluth* (Hrsg.), Internationale Wirtschaftsverträge, 2013; *Piltz*, Gestaltung von Exportverträgen nach der Schuldrechtsreform, IHR 2002, 2; *ders.*, Vertragsgestaltung im Exportgeschäft, 2005; *Pinnells/Eversberg*, Internationale Kaufverträge optimal gestalten, 3. Aufl. 2009; *Reithmann/Martiny* (Hrsg.), Internationales Vertragsrecht, 7. Aufl. 2010; *Sandrock* (Hrsg.), Handbuch der Internationalen Vertragsgestaltung I, II, 1980; *Schütze* (Hrsg.), Münchener Vertragshandbuch, Bd. II: Wirtschaftsrecht I, 6. Aufl. 2009; *ders.* (Hrsg.), Münchener Vertragshandbuch, Bd. III: Wirtschaftsrecht II, 6. Aufl. 2009; *Schütze/Weipert*/

²⁷ Dazu auch *v. Bar/Mankowski* IPR I § 7 Rn. 100.

²⁸ Zu den Quellen *Goode/Kronke/McKendrick/Wool* (Hrsg.), Transnational commercial law, Oxford 2. Aufl. 2012; *Wiggers*, International Commercial Law – Source Materials, The Hague, 2. Aufl. 2007.

²⁹ Näher *Martiny* RIW 2009, 737 ff.

³⁰ *Mankowski* IPRax 1995, 232 f.

³¹ Vgl. *Junker* IPRax 2000, 70.

³² *Mankowski* IPRax 1995, 231 f.

Vor Art. 1 Rom I-VO 11

Verordnung (EG) Nr. 593/2008

Rieder (Hrsg.), Münchener Vertragshandbuch, Bd. IV: Wirtschaftsrecht III (englischsprachig), 7. Aufl. 2012; Thüsing, Rechtswahlklauseln nach Inkrafttreten der Rom I-VO, ZGS 2010, 346; Triebel/Vogenauer, Englisch als Vertragssprache, 2015; Waelter, Gedanken zur Vertragsgestaltung, in: Lange/Prollius (Hrsg.), Praxis des Ostwesthandels, 1977, S. 149; Yelpaala/Rubino-Sammartano/Campbell, Drafting and Enforcing Contracts in Civil and Common Law Jurisdictions, Deventer 1986.

- 11 Das IVR ermöglicht den Parteien in weitem Umfang, selbst zu bestimmen, welchen Regeln ihr Vertragsverhältnis unterworfen sein soll.³³ Entscheidend hierfür ist der Gebrauch der Parteiautonomie durch eine entsprechende Rechtswahlklausel iS des Art. 3. Hierbei sind auch die sich aus den Art. 3 ff. ergebenen Grenzen der Rechtswahl zu beachten. Von großer Bedeutung ist ferner eine dem jeweils anwendbaren Sachrecht und dem einzelnen Vertragstyp entsprechende und zweckmäßige Vertragsgestaltung³⁴ (s. die Erläuterungen zu Art. 5 bis 8). Abgesichert wird die Rechtswahl durch die Vereinbarung eines entsprechenden Gerichtsstandes (Rn. 50 ff.) oder eine Schiedsklausel (Rn. 89 ff.). Dabei ist anzustreben, dass die Vereinbarung nicht nur aus inländischer, sondern möglichst auch aus der Sicht des ausländischen Rechts Bestand hat. Dies setzt eine länderspezifische Prüfung der Rechtslage voraus.

III. Rom I-Verordnung

Schrifttum zu Rom I-VO: Althammer, Grundsatzfragen des Internationalen Schuldvertragsrechts, Jur. Arbeitsbl. 2008, 772; Basedow, Später Gast am römischen Tisch: Das Vereinigte Königreich und die Rom I-Verordnung – Editorial, EuZW 2009, Heft 5, V; Bonomi, The Rome I Regulation on the Law Applicable to Contractual Obligations, YbPIL 10 (2008), 165; Boschiero (Hrsg.), La nuova disciplina comunitaria della legge applicabile ai contratti (Roma I), Turin 2009; Brödermann, Paradigmenwechsel im Internationalen Privatrecht, NJW 2010, 807; Cashin Ritaine/Bonomi (Hrsg.), Le nouveau règlement européen „Rome I“ relativ à la loi applicable aux obligations contractuelles, Genf 2008; Clausnitzer/Woopen, Internationale Vertragsgestaltung: die neue EG-Verordnung für grenzüberschreitende Verträge (Rom I-VO), BB 2008, 1798; Crawford/Carruthers, Connection and Coherence Between and Among European Instruments in the Private International Law of Obligations, ICLQ 63 (2014), 1; Dickinson, Territory in the Rome I and Rome II Regulations, Lloyd's M.C.L.Q. 2013, 86; Einsele, Auswirkungen der Rom I-Verordnung auf Finanzdienstleistungen, WM 2009, 289; Fawcett, A United Kingdom Perspective on the Rome I Regulation, in: Boschiero (Hrsg.) La nuova disciplina comunitaria della legge applicabile ai contratti (Roma I), Torino 2009, S. 191; Ferrari (Hrsg.), Rome I Regulation – Pocket Commentary, 2013; Francq, Le règlement „Rome I“ sur la loi applicable aux obligations contractuelles, Clunet 136 (2009), 41; Garcimartin Alferez, The Rome I Regulation, EurLegForum 2008, I-77; ders., Hermeneutic Dialogue between Rome I and Rome II, Essays in honour of van Loon, Antwerpen 2013, S. 169; Heiss/Kaufmann-Mohr, „Qualifikation“ – Ein Regelungsgegenstand für eine Rom 0-Verordnung?, in: Leible/Unberath (Hrsg.), Brauchen wir eine Rom 0-Verordnung?, 2013, S. 181; Kenfack, Le règlement (CE) no. 593/2008 du 17 juin 2008 sur la loi applicable aux obligations contractuelles („Rome I“), Clunet 136 (2009), 3; Kieninger, Die Rolle des EuGH nach Inkrafttreten der „Rom“-Verordnungen, FS Scheuring, 2011, S. 110; Lagarde/Tenenbaum, De la convention de Rome au règlement Rome I, Rev. crit. dr. int. pr. 97 (2008), 727; Lando/Nielsen, The Rome I Regulation, C.M.L. Rev. 45 (2008), 1687; Leible, Rom I und Rom II, 2009; Leible/Lehmann, Die Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom I“), RIW 2008, 528; Lein, La nouvelle synergie Rome I/Rome II/Bruxelles I, in: Cashin Ritaine/Bonomi (Hrsg.), Le nouveau règlement européen „Rome I“ relativ à la loi applicable aux obligations contractuelles, Genf 2008, S. 27; ders., The New Rome I/Rome II/Brussels I Synergy, YbPIL 10 (2008), 177; Lemarie, Interrogations sur la portée juridique du préambule du règlement Rome I, D. 2008, 2157; Lima Pinheiro, Rome I Regulation: some controversial issues, FS v. Hoffmann, 2011, S. 242; Lüttringhaus, Vorboten des internationalen Arbeitsrechts unter Rom I, IPRax 2011, 554; ders., Übergreifende Begrifflichkeiten im europäischen Zivilverfahrens- und Kollisionsrecht, RabelsZ 77 (2013), 31; Magnus, Die Rom I-Verordnung, IPRax 2010, 27; Mankowski, Die Rom I-Verordnung, IHR 2008, 133; ders., Interessenpolitik und europäisches Kollisionsrecht: rechtspolitische Überlegungen zur Rom I- und zur Rom II-Verordnung, 2011; Mansel/Thorn/Wagner, Europäisches Kollisionsrecht, IPRax 2012, 1; ders., Europäisches Kollisionsrecht 2012, IPRax 2013, 1; Martiny, Neuanfang im Europäischen Internationalen Vertragsrecht mit der Rom I-Verordnung, ZEuP 2010, 747; ders., Europäisches Internationales Schuldrecht – Kampf um Kohärenz und Weiterentwicklung, ZEuP 2013, 838; Nordmeier, Verordnung über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), in: Gebauer/Wiedmann (Hrsg.), Zivilrecht unter europäischem Einfluss, 2010, S. 2207; Nourissat u.a., Le nouveaux droit des contrats internationaux, Revue Lamy dr. aff. 2008, Nr. 29, 61; Pfeiffer, Neues Internationales Vertragsrecht, EuZW 2008, 622; Plender/Wilderspin, The European private international law of obligations, London, 3. Aufl. 2009; Rudolf, Europäisches Kollisionsrecht für vertragliche Schuldverhältnisse – Rom I-VO, ÖJZ 2011, 149; Rühl, Die rechtsaktübergreifende Auslegung im europäischen Internationalen Privatrecht: Art. 6 der Rom I-VO und die Rechtsprechung des EuGH zu Art. 15 Brüssel I-VO, GPR 2013, 122; Solomon, The Private International Law of Contracts in Europe, Tul. L. Rev. 82 (2008), 1709; Sonnenberger, Randbemerkungen zum Allgemeinen Teil eines europäisierten IPR, FS Kropholler, 2008, S. 227; Thode, Die Rom I-Verordnung, NZBau 2011, 449; Ubertazzi, Il regolamento Roma I sulla legge applicabile alle obbligazioni contrattuali, Mailand 2008; R. Wagner, Der Grundsatz der

³³ Dazu Mankowski RIW 2003, 2 ff.; Max Planck Institute for Foreign Private and Private International Law RabelsZ 68 (2004), 5 ff., jeweils mwN.

³⁴ S. insbes. Schütze/Weipert/Rieder (Hrsg.), Münchener Vertragshandbuch, Bd. 4: Wirtschaftsrecht III, 7. Aufl. 2012; Überblick auch bei Reithmann/Martiny/Martiny Rn. 241 ff.